

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Vertriebspreis: 25 Pf.
Nur für Nachgelieferte: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 14. Januar 1921 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Reklamezeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf. Obergrenze 30 Pf. Ausw. Austräge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Viebig & Reichardt in Dresden
Börsenstraße 106B Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) möglich. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Pläne zum Umsturz des Dawes-Systems. Gilberts und Baruchs Vorschläge zur Generalvereinbarung des europäischen Schuldentwirrwars.

Washington und Wallstreet einverstanden?

New York, 5. Jan. „Gerald Tribune“ veröffentlicht eine Washingtoner Meldung, die, wie ausdrücklich unterstrichen wird, den Hintergrund zu Parker Gilberts Forderung auf Festlegung der Reparationsendsumme bilden soll. Wenn diese Meldung zutrifft, so ist ihre Bedeutung nicht von der Hand zu weisen. „Gerald Tribune“ erklärt, daß die Information aus bestunterrichteten Washingtoner Senatskreisen kamme. Der Washingtoner Regierung sei vor einiger Zeit

ein vollkommen neuer Reparations- und Schuldenplan zugegangen, den der bekannte Bankier Baruch ausgearbeitet habe, der bei den Reparationsverhandlungen und bei den Verfallener Friedensverhandlungen eine führende Rolle spielte. Baruch habe in seinem Plan den Versuch unternommen, eine Verbindung zwischen der Reparations- und Schuldenfrage herzustellen, ohne daß aber die amerikanische Regierung bei der künftigen Zurückhaltung der internationalen Schulden gebunden sei. Baruchs Plan sei zwar von der Washingtoner Regierung zurückgeschickt worden, aber Gilberts Anregung auf Fixierung der Reparationsendsumme sei auf Baruchs Plan zurückzuführen.

Der Plan soll davon ausgehen, daß Deutschland niemals imstande sei, die im Mai 1921 festgesetzten Summen anzuführen.

Daher müsse man versuchen, von Deutschland die Summe zu erhalten, die es zu bezahlen imstande sei. Deswegen solle eine definitive Summe errechnet werden. Nach der Meinung Baruchs könnten sofort deutsche Bonds im Werte von 2 bis 4 Milliarden Dollar auf den internationalen Markt gebracht werden. Ein weiterer Bondsbeitrag, der 6 oder 10 Milliarden Dollar nicht überschreiten dürfte, sollte in Reserve gehalten werden. Es müßte eine neue Reparationskommission geschaffen werden, in der ein amerikanisches Mitglied sitze. Die Aufhebung der restlichen Bonds solle zu einem Zeitpunkt erfolgen, den die neue Reparationskommission für richtig halte. Diese Bonds würden absolut sein, weil sie erste Hypotheken auf Deutschlands Industrie und Eisenbahnen darstellen. Die Bonds könnten als Goldbonds in Dollar, Pfunden,

Gulden usw. ausgeben werden. Frankreich solle 1,4 Milliarden, England 500 Millionen erhalten. Das Blatt unterstreicht ausdrücklich, daß dieser Plan bei Gilberts Forderung der Festlegung der Reparationssumme ausschlaggebend mitzuzählen habe.

Unzweifelhaft veröffentlicht das „Journal of Commerce“ eine Meldung, die die Angaben der „Gerald Tribune“ in gewisser Hinsicht bestätigt, obwohl der Name Baruch nicht genannt wird. Präsident Coolidge, heißt es darin, habe entschieden, daß dieser Plan zur gewissen Überprüfung dem Staatsdepartement zu übermitteln sei. Das Staatsdepartement habe außerdem den Austrag erhalten, evtl. politische Schritte bei den beteiligten Mächten vorzubereiten. Parker Gilbert habe diesen Plan bei seiner letzten Reise in Washington erneut behauptet, es sei aber entschieden worden, daß entscheidende Schritte erst nach den Wahlen unternommen werden sollen. Nach den französischen Forderungen solle der Plan einer neuen Reparationskonferenz unterbreitet werden, an der alle interessierten Mächte teilnehmen sollen.

Der neue Plan spielt in folgenden Hauptpunkten:

1. Festlegung der Reparationssumme, die weit unter der früher festgesetzten Summe liegen soll.
2. Verkauf anderer beträchtlicher Bonds, die vor allem Frankreich zugute kommen sollen.
3. Streichung der englischen Ansprüche gegenüber Deutschland.
4. Ausgabe weiterer deutscher Bonds, durch die Frankreich das notwendige Geld erhalten soll, um seine Schulden an Amerika zu regeln.

Der ganze Plan sei so gehalten, daß politische Reibungen auf ein Minimum herabgedrückt würden. Er lege außerdem die Abschaffung des Transfer-Komitees vor.

Washington dementiert die Einberufung einer Reparationskonferenz.

New York, 5. Jan. Nach amerikanischen Blättermeldungen erklärt das Staatsdepartement zu den Nachrichten über die angelegte Einberufung einer internationalen Reparationskonferenz: „Die amerikanische Regierung erwägt nicht die Einberufung einer internationalen Konferenz jetzt oder zu irgendeiner anderen Zeit, die sich mit der Revision des Dawes-Plans zu beschäftigen hätte. Es besteht seitens Amerikas auch keine andere Absicht, diese Frage zu erörtern.“

Das Dementi bezieht sich lediglich auf die Einberufung der internationalen Konferenz.

Um den Seereschahall.

Wenn jetzt der Reichshaushalt für 1921 zur Beratung vor den Reichstag kommt, dann beginnt für die Parlamentarier die schöne Zeit, wo sie ihre während des Jahres oft recht ungezügelt ausgebreitete Vergeßlichkeit überlassen dürfen und dafür mit der mehr zeitgemäßen Mahnung zur Sparsamkeit den Forderungen der Regierung zu Hilfe rücken. Nun ist aber der diesjährige Etat bekanntlich schon vom Reichsfinanzminister an allen Ecken und Enden stark zugeschnitten, und zudem sind die meisten Ausgaben, vor allem die Miensummen für direkte und indirekte Kriegslasten, zwangsläufig gebunden, so daß für weitere Einsparungen in größerem Umfang kaum noch Möglichkeiten bestehen. Wenigstens gilt das für die Regierungsparteien, die für die Abwicklung des Finanzplanes verantwortlich sind. Dagegen gehört es zu den Gewohnheiten der Opposition, daß sie auch bei dieser Gelegenheit die Rücksicht auf die Staatsnotwendigkeiten in den Wind schlägt und mit ihrer Egoisterei fruchtlos die Forderungen verbindet. So gerumpelt sie schon seit Wochen die wieder einmal durch Indiskretionen bekanntgewordenen Einzelheiten des Seereschahalles mit der Absicht, hier im Plenum Abschnitte größeren Stils durchzuführen. Die von der preussischen Regierung erwirkte Ablehnung der ersten Baurate für den Panzerkreuzer A im Reichsrat war nur der Auftakt zu viel umfassenderen Plänen, die in ihrer Gesamtheit darauf hinauslaufen, die Kampfkraft unserer kleinen Behrmacht noch weiter zu schwächen und sie sogar unter das im Verfallener Vertrag zugesicherte Maß herabzudrücken. Die Methode, mit der dabei vorgegangen wird, um Meer und Marine vor der Öffentlichkeit zu verdächtigen, ist die alte, schon so oft widerlegt, geblieben. Zunächst wird allgemein über übertriebene Forderungen und Unklarheit ihrer Begründung geschimpft, und dann wird durch schale Vergleiche mit früheren, insbesondere mit Friedenszeiten, der Anstoß erweckt, daß in unserem Heere entweder eine ungeheure Mißwirtschaft herrschen müsse, oder daß eben die geforderten Mittel für andere Zwecke als die angegebenen bestimmt seien. Zwischen den Zeilen versteht sich, daß es irgendwelche unstatthalten und immer republikfeindlichen Machenschaften sind, für die die Steuererlöse in Wehlers Reich verpulvert werden.

Nun wird eben in Hinsicht auf den tatsächlichen Zwang zur äußersten Sparsamkeit, den uns die Lage der Reichsfinanzen auferlegt, niemand der Opposition das Recht zur Kritik abstreifen. Es ist nicht gesagt, daß der Behrnat ein klein wenig mehr nicht an sein soll, das der Parlamentarierkontrolle entzogen wäre. Aber gerade auf diesem Gebiete ist strenge Sachlichkeit geboten, damit das Heer nicht wieder durch unehelich gemeinte Anarisse zum Spielball der Parteilebensformen gemacht wird. Darum muß ganz objektiv, ohne jede Vor-eingenommenheit, die Frage geprüft werden: Wie steht es um die Ausgaben, die dem deutschen Volke für die ihm vorgeschriebene Behrmacht von den verantwortlichen Stellen vorgeschlagen werden? Wenn man die Gesamthöhe des Voranschlags mit der des vorjährigen vergleicht, so erlebt man gleich eine angenehme Überraschung. Denn obwohl die neue Besoldungsordnung für Heer und Marine eine Mehrausgabe von 24 Millionen erfordert, bleibt der Gesamtbeitrag von 680,8 Millionen um eine halbe Million hinter dem von 1920 (680,3 Millionen) zurück. Ein Beweis, daß der Reichswehrminister bemüht war, schon von sich aus alle einigermassen tragbaren Einsparungen zu machen. Der Hauptleidtragende war dabei die Marine, aber auch das Heer mußte sehr schmerzhaft empfundene Abstriche am Kriegsgerät im engeren Sinne, d. h. Waffen und Munition, Gasabzug, Pionier- und Nachrichtengerät, in Kauf nehmen, um seinerseits der allgemeinen Finanzlage kein Opfer zu bringen. Weitere Einsparnisse sollen gemacht werden beim Ankauf von Pferden (wieder einmal auf Kosten der Landwirtschaft) und bei den Weichholz- und Gelandefahrleistungen. Man kann sich vorstellen, daß die Heeresleitung diesen Abstrichen nur sehr schweren Herzens zugestimmt hat, da sie doch unmittelbar die Kriegstüchtigkeit des Heeres treffen. Demgegenüber sind die vorgeschlagenen Ausgaben für die Heeresverwaltung nach Menge und Höhe der einzelnen Summen sehr gering; sie betreffen, abgesehen von den Auswirkungen der Besoldungsreform, hauptsächlich die Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Unterkünfte, den Ausbau des bürgerlichen Unterrichts für die Soldaten, Lohnverbesserungen der Bekleidungsarbeiter, den Ausbau der Fernsprechanlagen und des Kraftfahrwesens. Die meisten dieser Neuausgaben in der Gesamthöhe von 5,1 Millionen sollen also den einzelnen Reichswehrangehörigen direkt zugute kommen. Bemerkenswert ist ferner, daß die außerordentlichen Ausgaben vollständig vermindert sind.

Nachdem der Haupttrick der Finken in ihrem Kampf gegen den Behrnat in rohen Vergleichen mit den Bedürfnissen des alten Heeres besteht, wobei oberflächlich gezeigelt, die Reichswehr recht schlecht abzeichnet, ist es notwendig, auch diese Gegenüberstellung in die richtige Beleuchtung zu rücken. Wenn man dazu, was gern übersehen wird, die heutige Kauf-

Paris über Kelloggs Vorschlag enttäuscht.

Scharfe Kritik der Presse.

Paris, 5. Jan. In der heutigen Morgenpresse spiegelt sich deutlich die Enttäuschung wieder, die in Frankreich die Antwort der Vereinigten Staaten auf Briand's Vorschlag für einen etwaigen Friedenspakt auslöst. Rechtslos befindet sich nur der „Matin“, der zu dem Schluss kommt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, ohne ihre Haltung gegenüber dem Völkerbund zu ändern, einen großen Schritt zur Annäherung an die Großmächte getan habe. Der offizielle „Petit Parisien“ sieht in dem Dokument Kelloggs den Beweis dafür, daß Amerika, ohne dem Völkerbund anzugehören, sich jetzt auf die früher von dem Präsidenten Wilson vorgeschlagenen Wege bewegen wolle. Mit Ausnahme dieser beiden Blätter übt die heutige Presse aber mitunter recht starke Kritik und beurteilt die Aussichten eines Paktes recht pessimistisch. Die von den Vereinigten Staaten vorgesehene Lösung, so erklärt das „Journal“:

„Nicht das französische Projekt auf den Kopf. Wenn man annehme, daß ein derartiger Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zum Abschluß käme, könnten die Vereinigten Staaten nicht mehr intervenieren, um Frankreich im Falle eines etwaigen französisch-deutschen Konfliktes zu unterstützen. Der „Excelsior“ ist der Meinung, daß die französische Regierung weder von Rechts wegen noch de facto der amerikanischen Regierung auf den Weg eines derartigen mehrseitigen Pakt folgen könne, der sich an die Stelle des Völkerbunds paktet und diesen wirkungslos mache. Der rechtsstehende „Gaulois“ erklärt, daß in der Antwort Amerikas Senator Borah, der unversöhnliche Gegner Frankreichs, den Sieg davongetragen habe. Man sehe kaum ein, wie Briand einem neuen Pakt zustimmen könne, der alle Staaten umfasse, die bereits durch den Völkerbunds pakt gebunden seien. Das linksstehende „Ceuvre“ stellt fest, daß der Pakt Kelloggs die französische Initiative in eine amerikanische verfallt. Die Vereinigten Staaten näherten sich keineswegs dem Völkerbund, sondern der Völkerbund laufe Gefahr, sich verdrängt zu sehen.“

Das sozialistische „Peuple“ spricht von der Fronte, die Formel „ewiger Frieden“ auf die amerikanischen Vorschläge anzuwenden zu wollen. Ein rein französisch-amerikanischer Pakt hätte im Grunde nicht viel bedeutet, aber ein Fakt, wie ihn Washington vorschlägt, sei unzulässig unbrauchbar, illusorisch und gefährlich. Das sozialistische Hauptorgan, der „Populaire“ schließt seinen Kommentar mit einer

Mahnung an Amerika, zuerst bei Nicaragua zu beginnen, wenn es den Krieg in Acht und Bann tun wolle. Andernfalls könne man seine Vorschläge nicht ernst nehmen. In dieselbe Reihe hat die kommunistische „Humanité“, die in dem Paktplan den Mangel an Vertrauen sieht, den den Großmächten die Weiser Institutionen einflöße.

Der „Temps“ ist weniger kritisch und meint, daß es sich bei dem Faktvorschlag nur darum handelt, einen schon feierlich proklamierten Grundgedanken neuerlich zu bestätigen, dem die Vereinigten Staaten beizustimmen würden. Andererseits könnte ein derartiges mehrseitiges Abkommen nur dann seine Wirkung ausüben, wenn alle Mächte unterzeichnet haben und dadurch gebunden sein werden. Selbstverständlich werde kein Mitgliedstaat des Völkerbundes einwilligen können, einen derartigen mehrseitigen Pakt zu unterzeichnen, außer unter dem Vorbehalt aller seiner internationalen Verpflichtungen und im Rahmen dessen, wie dieses Abkommen sich tatsächlich mit allen Bestimmungen des Völkerbundsstatuts in Einklang bringen läßt.

Das „Journal des Debats“ laßt zur vorgeschlagenen Vertiefung des Krieges: Die Tatsache, daß der amerikanische Senat sich immer das Recht vorbehalt über Krieg und Frieden zu entscheiden, gibt der Unterzeichnung der Vereinigten Staaten nur einen relativen Wert. Aber trotzdem ist es nicht gleichgültig, daß diese unter einem Vertrag stehe.

England durch Amerika unterrichtet.

London, 5. Jan. Das Ministerische Büro erklärt, daß die amerikanische Regierung Großbritannien über den Inhalt der an Frankreich gerichteten amerikanischen Note unterrichtet hat. Es wird als äußerst interessant angesehen, daß die amerikanische Regierung sich einer Beweisaufschöpfung seit langem einen Teil der britischen Politik bildet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Frage zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zur Erörterung steht. Großbritannien ist nur unterrichtet und nicht um seine Ansicht erfragt worden. Anzunehmen ist es die Absicht der amerikanischen Regierung, die Reichweite der Flot-Schleppverträge zu vergrößern, ganz abgesehen von diesen letzten Vorschlägen.